

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 18 (1977)
Heft: 10

Rubrik: Unsere Meinung

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Brief an die Gemeinden

verabschiedet von der Konferenz
der Evangelischen Kirchenleitungen
in der DDR auf ihrer 44. Sitzung
am 10./11. September 1976

Die Selbstverbrennung unseres Bruders Pfarrer Oskar Brüsewitz hat eine tiefe Beunruhigung ausgelöst, Erklärungen, Verleumdungen, Richtigstellungen, der Ruf nach Informationen haben viele in Atem gehalten. Im Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR sind die Erklärungen der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen mit Zustimmung aufgenommen worden. Sie werden den Gemeinden zugeleitet.

Wir alle sind betroffen. Aus dieser Betroffenheit werden Anfragen laut: an unsere Kirchen, ob in ihnen das Zeugnis von Jesus Christus nicht unentschlossen und ängstlich ausgerichtet wird; an die Kirchenleitungen, ob sie die tatsächlichen Sorgen und Nöte der Gemeinden, Pfarrer und Mitarbeiter entschieden genug aufnehmen und vertreten; an Pfarrer, Mitarbeiter und Gemeinden, ob sie einander tragende Gemeinschaft gewähren; an staatliche Organe, ob Glaubens- und Gewissensfreiheit, besonders für junge Menschen, wirklich Raum bekommt; an die Behandlung des Vorgangs in der Öffentlichkeit, wie sie zusammenstimmt mit Wahrhaftigkeiten und der Würde des Menschen.

Ueber Anfragen und Anklagen darf die Klage zu Gott nicht verstummen, dass ein Bruder diesen Weg ging. Wir wissen nicht, was Bruder Brüsewitz letztlich zu seiner Tat getrieben hat, aber wir haben nicht seine Richter zu sein, sondern den Weg, den er gewählt hat, in Gottes Urteil stehen zu lassen. Gewiss ist, dass er ein Zeuge unseres Herrn Jesus Christus sein wollte.

Als Lehrtext stand über dem 18. August 1976: «Wann ein Glied leidet, leiden alle Glieder mit.» Die Tat von Bruder Brüsewitz und die Wirkungen, die sie auslöste, zeigen erneut die Spannungen, die durch unsere Gesellschaft gehen, und die Zerreißproben, in die viele gestellt sind. Es wird sichtbar, dass wir dem Leben in unserer Gesellschaft und unserer Kirche nicht dienen, wenn wir Probleme und Widersprüche verdrängen, statt an ihrer Lösung offen mitzuarbeiten. So haben wir dafür einzutreten, dass in unserer Gesellschaft Achtung und Respekt vor der Ueberzeugung des anderen das Zusammenleben und die Zusammenarbeit der Menschen wirklich prägen.

Dazu gehört, dass Christen und Nichtchristen sich gegenseitig ernst nehmen als Partner im Bemühen um die Bewältigung der Probleme und Aufgaben in unserer Welt. Besonders dringlich ist, dass im einheitlichen sozialistischen Bildungssystem eine Atmosphäre des Vertrauens geschaffen wird und Kinder und Jugendliche ungekränkt als Christen leben können. Wir alle sind auch herausgefordert, eindeutiger und überzeugender als bisher unseren Kindern darin zur Seite zu stehen. Ueber die Regelung von Einzelfällen im Bildungssektor hinaus, muss auch eine grundsätzliche Klärung im ganzen erreicht werden. Das Gespräch über diese grundsätzlichen Fragen, um das wir bisher vergeblich gebeten haben, streben die Kirchenleitungen weiterhin an. Wir bitten Eltern und kirchliche Mitarbeiter, auch ihre Gesprächsmöglichkeiten weiterhin zu nutzen.

Durch die Tat von Bruder Brüsewitz sind unüberhörbare Fragen laut geworden, die unter uns nicht ausgetragen worden sind.

Viele Pfarrer, Mitarbeiter und Gemeindeglieder leiden unter dem Kleinerwerden der Gemeinden, unter Gleichgültigkeit und mangelndem Mut. Die grossen Verheissungen der Bibel und die kleine Schar scheinen einander zu widersprechen. Dass die Wirkungen

unseres Zeugnisses so oft verborgen sind, macht uns zu schaffen. Wir wollen diese Fragen gemeinsam und vor allem voneinander ehrlich austauschen und bedenken. Angst und Resignation trüben uns oft den Blick für das, was wir tun können.

Wir haben immer noch nicht genügend Klarheit gefunden für das politische Zeugnis der Kirche und jedes einzelnen Christen in unserer Umwelt.

Viele empfinden einen tiefen Graben zwischen den Entscheidungen und Erklärungen der Kirchenleitungen und dem, was die Gemeinde wirklich braucht. Wir haben noch nicht gelernt, füreinander durchschaubar zu handeln und zu reden.

Wir hoffen, dass die Spannungen in unseren Kirchen, die wir jetzt durchstehen müssen, uns zu neuer Gemeinschaft untereinander führen. Wir können offen miteinander umgehen. Wir brauchen uns unserer Schwächen voneinander nicht zu schämen. Wir dürfen uns den Zusagen Gottes anvertrauen. So werden wir uns gegenseitig zu Schritten der Hoffnung ermutigen. Unser Brief möchte dazu beitragen.

Jesus Christus hat viele Möglichkeiten, uns durch sein lebendiges Wort aus Traurigkeiten und Verkrampfungen, unseren aufgebrauchten Antihaltungen, unseren Lähmungen und Lustlosigkeiten herauszureissen und uns seines Lebens so gewiss zu machen, dass wir seinen Weg getrost mitgehen und sagen können: «In allen Dingen erweisen wir uns als Diener Gottes: in grosser Geduld, in Trübsalen, in Nöten, in Aengsten, ... als die Traurigen, aber allezeit fröhlich, als die Armen, aber die doch viele reich machen, als die nichts haben und doch alles haben.»

(2. Kor. 6, 4 und 10)

Berlin, den 11. September 1976

Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der Deutschen Demokratischen Republik

Gemeinden wie eine Woge herausbrachen». Es seien «Bewegungen des Nachdenkens, der Rückfragen, der Kritik und der Vorwürfe und vor allem der Klage gegenüber der Kirchenpolitik unseres Staates, aber ebenso gegenüber der Haltung der kirchenleitenden Gremien» laut geworden.

Die Verantwortlichen scheuten sich nicht, von Spannungen und «Zerreißproben» in der DDR-

Protest? Wogegen? Zuerst dagegen, dass er als «abnormal» beiseite gewischt werden soll ...

Bevölkerung zu sprechen, und forderten von den Staatsvertretern die Verwirklichung der Glaubens- und Gewissensfreiheit für alle Benachteiligten. Zugleich verlangen sie ein Grundsatzgespräch mit den Funktionären über anstehende Erziehungsfragen.

In einem Kanzelwort vom 9. März 1975 hatte der Magdeburger Bischof bereits sehr deutlich von den Problemen gesprochen: «Ihr Eltern, verunsichert eure Kinder nicht durch Aengstlichkeit und Resignation. Lasst euch nicht in die Passivität drängen. Setzt euch nicht nur für eure Kinder ein, sondern kümmert euch um Leistungsschwache und Benachteiligte.»

Aus christlicher Verantwortung für ihr Volk und der Pflicht zum «politischen Zeugnis» lehnen die Geistlichen die «Tabuisierung von Problemen» ab und wollen, statt Probleme und Widersprüche zu verdrängen, «an ihrer Lösung mitarbeiten». Daraus leiteten die Synodalen in Züssow die Pflicht ab, ihr Glaubenszeugnis im Sozialismus trotz allen Widerständen weiterhin abzulegen und sich daran zu erinnern, dass «unser Dienst geschieht in der Kreuzesnachfolge Jesu».

«Das Zeichen, das Oskar Brüsewitz hat aufrichten wollen (...), wird eindeutig, wenn es uns den Anstoss gibt, neu auf das Wort zu hören, das uns zum Dienst des Evangeliums am Ort unserer Gesellschaft sendet und das allein diesen Dienst eindeutig bestimmen, klären und gewiss machen kann.»

Unsere Meinung

Brüsewitz-Zentrum und Politik

Wir hatten in der letzten Nummer (S. 2) beim Bericht von Pfarrer Seidel die kurze Meldung eingeschoben, dass in der BRD die Gründung eines Brüsewitz-Zentrums bevorstehe. Inzwi-

schen hat die geplante Institution (die Eröffnung in Bad Oeynhausen ist für den 18. Juni vorgesehen) in Westdeutschland zu reden gegeben. Die Debatte dreht sich um das Thema Kirche und Politik. Und sie liefert neue Illustrationen zu dem, was wir ebenfalls in der letzten Nummer (S. 10) über Gehemmte und Ungehemmte geschrieben hatten.

Vorweg ein paar Worte zu den Aufgaben, die dem Zentrum von den Initianten zugeordnet sind. Es soll überparteilich sein. Es soll Literatur und Materialien über Christen, Kirche und Staat in der DDR sammeln. Es soll Publikationen zu dieser Thematik herausgeben. Es soll Hilfsaktionen für bedrängte Christen unternehmen oder unterstützen.

Das ist ein Programm, das sich jederzeit auch ohne die Bezugnahme auf Pfarrer Brüsewitz rechtfertigen liesse, die in der Namengebung zum Ausdruck kommt. Wie immer sie «an sich» zu bewerten sei: Sie erinnert auf jeden Fall daran, dass es schliesslich um konkrete Menschen in ihrer Not geht. Und dann — daran ist nicht zu zweifeln — offenbart sie sehr betont ein Engagement.

Ist es ein unchristliches Engagement?

Das ist es, was in der BRD aus diesem Anlass zu reden gibt. Der Rat der evangelischen Kirche in

Deutschland (EKD) hat es abgelehnt, das Brüsewitz-Zentrum zu unterstützen.

Was zunächst sein gutes Recht ist. Es geht bestimmt nicht an, eine Unterstützungspflicht für beliebige oder bestimmte Institutionen zu postulieren.

Aber in diesem Fall wurde der Verzicht nicht bloss ausgesprochen, sondern auch begründet. In kirchlichen Stellungnahmen, die Distanzierung oder vielmehr Missbilligung zum Ausdruck brachten. Und diese sind es, die einen Kommentar wert sind. Diese Warnungen vor unkirchlichen Oeffnungen ins Leben. Man darf um Christi willen auch nicht den blossen Verdacht aufkommen lassen, man wolle die Politik ins Spiel bringen! Denn das — ob man es im Zeitalter des gesellschaftspolitischen Engagements der Kir-

chen nun glaubt oder nicht —, das war der Tenor der kirchenobrigkeitlichen Botschaften.

Oder ihr gepflegter Bariton. In einem Schreiben an die Koordinationsstelle des Zentrums begründete der EKD-Ratsvorsitzende Helmut Class die ablehnende Haltung der Kirche mit der Sorge, das geplante Zentrum könnte allzuleicht mit einem bedenkliehen demonstrativen Akzent in die tagespolitischen Auseinandersetzungen hineinverwickelt werden, was mit ernstzunehmenden Zielsetzungen nicht zu vereinbaren sei.

Das, so habe ich immer gelernt, das ist es, was man typischerweise von den erkonservativen Ecône-Leuten zu erwarten hätte, welche das Rad der Geschichte zurückdrehen wollten und sich den Erfordernissen der Zeit verschlossen. Aber es ist die jüngste Aeusserung der EKD. Ja, sollte der evangelische Kirchenrat sein Selbstverständnis neuerdings im politischen Abseits suchen? Seltsam.

Aber um die rhetorische Verwunderung in schlichte Aussage zu lenken: Nein, das ist natürlich nicht die Meinung. Weder die meine noch dem EKD-Rat die seine. Er lehnt nicht politische Dimensionen *per se* ab (da habe ich bestimmt keinen Widerspruch von ihm zu befürchten), sondern nur in diesem Fall. Oder in einem solchen Fall. Weil er Protest in die falsche Richtung impliziert. In Richtung sozialistisches Lager und hier in Richtung DDR.

Das ist doch einfach so. Und das bleibt auch dann so, wenn die jeweilige Weigerung zur politischen Konsequenz gegenüber dem immer gleichen Typ diktatorischer Machtverhältnisse fallweise mehr oder weniger gut begründet werden kann.



Der Landesbischof von Braunschweig, Gerhard Heintze, will schon um seiner «Kontakte zu den Kirchen in der DDR willen» mit dem Brüsewitz-Zentrum nichts zu tun haben. Er weiss auch schon im voraus, dass dieses «für die eigentlich Betroffenen» keine Hilfe, sondern im Gegenteil erhebliche Erschwerungen bringen wird. Wer ist denn «eigentlich betroffen», wenn es um die politischen Motive geht?

Im übrigen findet der Bischof, die Initianten hätten die EKD vorher konsultieren können. Man würde ihnen auf jeden Fall vom Gebrauch des Namens Brüsewitz abgeraten haben. Dieser Punkt wäre (freilich ausserhalb jeder auch nur moralischen Pflicht, sich kirchenamtliche Genehmigung zu erbitten) vielleicht tatsächlich einige Erwägungen wert gewesen. Ich kann mir Gründe vorstellen (Familie von Brüsewitz . . ?), die möglicherweise gegen diesen Gebrauch des Namens anzuführen wären. Aber die Wünsche der DDR-Machthaber, die unter anderem Macht über die Kirchen haben, gehören nicht dazu.

Eduard Lohse, Bischof von Hannover, sieht die Gefahr, dass «die Erinnerung an den Pfarrer Brüsewitz seinen Namen zum Bild eines Märtyrers hochstilisieren» könnte. Und er sagte, falls die ASD-Meldung vom 7. Mai seine Aeusserung richtig wiedergibt, ein Dokumentationszentrum über die kirchliche Situation in der DDR sei nicht vonnöten, «da wir alle für uns notwendigen Informationen ohnehin haben und bekommen». Angesichts der Tatsache, dass die Dokumentationsstelle erst noch zu schaffen ist, eine bemerkenswerte Vorwegnahme. Obwohl der Bischof sich sonst nicht ganz mit dem Allwissen-

den verwechselt. Er befindet ja lediglich — wenn auch endgültig — darüber, was für ihn und alle, die er mit seinem «wir» einschliesst, an Informationen notwendig ist. Alles in allem wird die Arroganz seiner Begründung lediglich durch ihre satte Dummheit übertroffen.

Der Fächer an kirchlicher (und ausserkirchlicher) Absage an das Brüsewitz-Zentrum enthält auch anderes. Zum Beispiel behutsame Andeutungen über die nicht restlos befriedigende Lage der Christen «drüben». Zum Beispiel die grundsätzliche Anerkennung der Forderung nach Glaubens- und Gewissensfreiheit auch für die alternative Gesellschaftsordnung, wobei sich allerdings ergibt, dass die Forderung nicht als Forderung vorgebracht werden darf. Zum Beispiel die Versicherung, dass man für die Verwirklichung der Menschenrechte viel tun könne, ohne darüber in der Oeffentlichkeit zu reden.

Das ist der anteilnehmende Sektor. Ihm geht es offenbar darum, die (kaum je so genannten) Gefangenen der Diktatur zu trösten. Ihr Los zu lindern, sie mit ihrem Schicksal zu versöhnen. Aber es geht ihm nicht darum, die Gefangenen zu befreien.

Und was bei alledem fehlt, ist ein Wort, das anderweitig doch seinen grossen Einzug auch ins kirchliche Vokabular gehalten hat: Solidarität.



Vielleicht gibt es die stille Solidarität. Doch stellt sich ernsthaft die Frage: Mit wem? «Die Ablehnung des Rates der EKD, das Brüsewitz-Zentrum in Bad Oeynhausen zu unterstützen, wird als Hilfestellung aus der Bundesrepublik für die Kirchenoberen der DDR gewertet.»

Das ist die Meinung eines nicht amtierenden Pfarrers in Westdeutschland, Klaus-Reiner Latk, der offenbar die DDR-Kirchenoberen insgesamt (und vielleicht etwas pauschal) als staatsfromm einstuft. Aber es ist wohl nicht daran zu zweifeln, dass der gewichtige staatsfromme Sektor der dortigen Kirchenführung sich aus der kirchenamtlichen BRD unterstützt fühlt.

Und ganz ohne Zweifel ist der betreffende 35jährige Mann in der Lage, etwas darüber zu sagen, wer wem hilft. Er war bis letztes Jahr Pfarrer in der DDR, ein Freund von Oskar Brüsewitz. Nach dessen Selbstverbrennung machte er sich mit Aeusserungen über diesen Fall und mit offener Kritik am Regime unmöglich. So wurde er aus der DDR nach der BRD abgeschoben.

Die zuständigen Kirchenbehörden in der Bundesrepublik haben es abgelehnt, Latk eine Pfarrstelle zu geben. Sie begründen dies damit, dass der Pfarrer seine Gemeinde in der DDR verlassen habe und deshalb ein Disziplinarverfahren der Kirchenleitung in Magdeburg gegen ihn anhängig sei.

Das ist übrigens kein Berufsverbot, sondern nur die Ablehnung eines Anspruchs auf ein bestimmtes Amt. Aber es ist das, was man sich in analogen Fällen angewöhnt hat, Berufsverbot zu nennen. Und das Kriterium? Wer sich bei den staatlichen Behörden der DDR missliebig gemacht hat, ist auch den kirchlichen Behörden in der BRD missliebig. Oder was denn sonst? Man sieht auf jeden Fall, so scheint mir, welche Kontakte nicht gemeint sind, die man durch Ablehnung des Brüsewitz-Zentrums retten will. **cb**



Zabelschensky: „Während die UdSSR sich damit brüstet, ein Inbegriff der Demokratie zu sein, ist sie in Wirklichkeit nichts anderes als ein riesiges Konzentrationslager.“

HARDMANN/WIPPERMANN (Hrsg.)

24 Zeugen

Dokumente des Terrors
Sacharow-Hearing Kopenhagen
280 Seiten, 32 Bildtafeln, hochglanzkaschiert, DM 26,-

Authentische Berichte über die brutalen Verfolgungen und Folterungen in der Sowjetunion. Die FAZ urteilt: „Die Kopenhagener Sacharow-Anhörung hat das düstere Panorama eines totalitären Staates entrollt. Die eindringliche Lehre von Kopenhagen ist: Der Westen kann helfen, wenn er immer wieder auf das Geschick einzelner hinweist, kann er es wenden. Darum ist Kenntnis so wichtig.“ Verschaffen Sie sich diese Kenntnis aus erster Hand von denen, die die selbst erlittene Unmenschlichkeit in Kopenhagen für dieses Buch zu Protokoll gegeben haben!

Bestellschein

An den
Verlag Johann Wilhelm Naumann
Postfach 54 60
8700 Würzburg 1

Ich bestelle
. . . Ex. 24 Zeugen, 280 Seiten, 32 Bildtafeln, hochglanzkaschiert, zum Preis von je DM 26,-

Name

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Ort

Unterschrift

SOI-Bilanz

2. Jahrgang Nr. 6
 erscheint monatlich
 Fr. 80./DM 80.-/Jahres
 68. 550.- jährlich
 Konti siehe Seite 4

Bern, Mitte April 1977

Nur für Abonnenten

Carter gibt UdSSR Zeit bis Ende Mai für Vorbereitung neuer SAIT-Runde.
 Seine Haltung gründet auf technologische Vorsprung bei Bummelraketen.
 Vorteile dieser cruise missiles: Reichweite 3700 km, selbständige
 Radar, Zielradius 15 m, Abschussmöglichkeit unter 40 m Unterfliegung des gepferzten
 Schiff, aus Flugzeug. Ferner Entwicklungsmöglichkeit zur U-Boot-Bekämpfung.

Bisheriges SAIT-Gleichgewicht: quantitative SU-Überlegenheit durch
 qualitative USA-Überlegenheit aufgewogen ... erhöht Gefahr technologischer
 Gleichunges der UdSSR (MRV-Entwicklung gelang Moskau unerwartet rasch). Nun
 trennt Carter: SAIT 2 soll quantitatives Gleichgewicht sichern -- 1800-2000
 Bomber und Raketen, davon 1200 mit Mehrfach-Sprengköpfen (MRV); erst dann
 wird SAIT 3 Bummelraketen einbeziehen, qualitatives Gleichgewicht schaffen.
 Druck auf Moskau enorm, weil es technologisch nicht mithalten kann.

Breschnevs Mein zu Vance's SAIT-Vorschlägen kein Misserfolg für Carter.
 Nur als reine Drohsprache kann sich Moskau Ablehnung leisten. Zudem
 muss hartes Mein Gesicht wahren helfen. UdSSR kann im Rüstungswettlauf nicht
 mithalten, hat dagegen Interesse an Abkommen, das Abrüstungszustimmung ist.
 offener Gesellschaft über "amerikanische Penetrationen" deuten Niedergang
 Unkenrufe über politische Konfliktlage an. Sowjetische Züge weisen
 Verständnisses für politische Konfliktlage an. Sowjetische Züge weisen
 gegen Konzessionen immer zu haben -- diese bedeuten jedoch leisen Niedergang
 der freien Welt. In Gegenwart muss Westen lernen, härter und gelassener zu
 verhandeln. Hypothekenaufnahmen gewährleisten zwar bequeme Gegenwart, aber
 auch Abhängigkeit, und Rückzahlung lässt sich nicht endlos hinausschieben.
 Nötig: Aufheben, an Entscheidung westlicher Haltung heranzumitteln.
 In Europas Öffentlichkeit Carters Politik breit unterstützen.

Mit Zielsetzung Menschenrechte hat Carter Ei des Kolumbus gefunden.
 Wahellegendes -- lange übersehen -- dringt bei günstiger Lage durch.
 historische Voraussetzungen gebunden, erzeugt leicht Widerstand, an bestimmte
 Menschenrechte: Einsatz für Menschen tangiert nicht vorab Systeme, Widerstand
 daher geringer; Menschenrechte ablehnen/verletzen ist sichtbar unsozial.
 Carters Politik von Brzezinski, einem der besten Osteuropa-Experten, geplant.
 Erstmals ist eigentlicher Ostspezialist in entscheidender Stellung.
 Osterpolitik: gelassene Aufnahme von Breschnevs Mein zu SAIT veringert durch
 Regierung; Erhöhung der Subvention an Radio Free Europe und Radio Liberty als
 bisher längstfristige Massnahme; harte Reaktion auf verletzete Hoheitsrechte
 durch Sowjetische Fischerboote. Dies war wohl erster sowjetischer Test der
 neuen US-Politik, zweiter könnte Zaire sein. Wo folgen weitere -- Türkei,
 Äthiopien, Kenia, Thailand, Korea, Japan, oder Spanien, Portugal, Italien?

SOI - Schweizerisches Ost-Institut • Jubiläumstrasse 41 • CH - 3000 Bern 6
 Forschung, Information und Dokumentation über internationale Entwicklungen

Fakten und Trends

SOI-Bilanz
 heisst die
 weltpolitische
 Monatsanalyse
 des SOI.

SOI-Bilanz
 erscheint monatlich
 im Umfang von 4 Seiten
 und kostet
 Fr./DM 80.- pro Jahr.

SOI-Bilanz zeigt zuverlässig
 und sachlich Trends der
 internationalen Entwicklung.

SOI-Bilanz bringt konzentrierte
 Information für den überlasteten
 Zeitgenossen.

Probenummern erhalten Sie kostenlos
 und unverbindlich gegen
 Einsendung des untenstehenden Talons.

Bitte mit Blockschrift ausfüllen und einsenden an SOI, CH-3000 Bern 6.

Name: _____ Vorname: _____

Strasse: _____ PLZ + Ort: _____

wünscht kostenlose, unverbindliche Zusendung von zwei Probenummern der SOI-Bilanz.